

Türkei: Risiko der Offenlegung vertraulicher Informationen in Bezug auf den Schutz von Frauen, die von Verbrechen im Namen der «Ehre» bedroht sind

Auskunft der SFH-Länderanalyse

Bern, 11. Mai 2021

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH)
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7

Sprachversionen
Französisch, Deutsch

COPYRIGHT

© 2021 Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Vertraulichkeit von Informationen über den Schutz von Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt sind	4
3	Zugriff auf Informationen in juristischen und polizeilichen Datenbanken	7
4	Quellen	7

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Expertinnen und Experten und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

1 Einleitung

Situation: Eine türkische Frau, die ein aussereheliches Kind hatte, behauptet, von ihrer eigenen Familie geschlagen und mit dem Tod bedroht worden zu sein, weil sie deren «Ehre» beschmutzt habe. Sie fürchtet, dass sie von ihrem eigenen Bruder getötet wird, der dazu bestimmt ist, die «Ehre» der Familie zu retten. Laut der Frau ist ihre Familie einflussreich und in der Lage, sie zu finden, wo auch immer sie sich in der Türkei versteckt.

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Muss eine Frau, deren Familienmitglieder wichtige Positionen im öffentlichen Dienst, einschliesslich der Polizei, innehaben, befürchten, dass diese ihre Macht und ihre Positionen nutzen können, um zu verhindern, dass die türkischen Behörden (Polizei, Sozialdienste und Justiz) ihr effektiven Schutz vor häuslicher Gewalt und Verbrechen im Namen der «Ehre» bieten?
2. Inwieweit können die Familienmitglieder dieser Frau ihren Einfluss und ihre sozialen und beruflichen Netzwerke nutzen, um sie zu finden, wo auch immer sie in der Türkei ist?

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) beobachtet die Entwicklungen in der Türkei seit mehreren Jahren¹. Aufgrund von Auskünften von Expert_innen und eigenen Recherchen nimmt die SFH zu den Fragen wie folgt Stellung:

2 Vertraulichkeit von Informationen über den Schutz von Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt sind

Ernsthaftes Risiko der Offenlegung von Informationen über den Aufenthaltsort einer Frau und ihrer Kinder in einem Frauenhaus, insbesondere aufgrund der schlechten Koordination zwischen verschiedenen staatlichen Institutionen. Fehlen einer zentralen Anlaufstelle für Frauen, die anonym bleiben wollen. Gemäss E-Mail-Auskunft vom 9. Mai 2021 von der Kontaktperson A, die für eine türkische NGO tätig ist, die sich für die Verteidigung von weiblichen Opfern sexueller Gewalt einsetzt, ist die Unterstützung und Hilfe, die der türkische Staat für weibliche Opfer sexueller/häuslicher Gewalt bereitstellt, weitgehend unzureichend. Frauen, die diese Hilfe in Anspruch nehmen, sind nicht davor sicher, von ihren Ehemännern oder Familien verfolgt zu werden. So bestehe laut Kontaktperson A die reale Gefahr, dass Informationen über den Aufenthaltsort von Schutzsuchenden – auch in Frauenhäusern – weitergegeben werden könnten. In ihrem Bericht vom Oktober 2018 über die Umsetzung der Istanbul-Konvention durch die Türkei äusserte die *Group of Experts on Action against Violence against Women and Domestic Violence* (GREVIO) ihre Besorgnis über Sicherheitslücken, die sich aus der mangelhaften Koordinierung zwischen den relevanten türkischen Institutionen (zum Beispiel Strafverfolgungsbehörden und Schulen) ergeben und die zur Offenlegung vertraulicher Informationen über den Aufenthaltsort des Opfers und seiner

¹ www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslaenderberichte.

Kinder führen könnten (CoE-GREVIO, 15. Oktober 2018). Laut *der Kontaktperson B*, die für eine NGO arbeitet, die sich für den Schutz von weiblichen Gewaltopfern einsetzt, und die die SFH am 12. November 2019 in der Türkei im Rahmen einer Abklärungsreise traf, kann eine Frau, die Opfer häuslicher Gewalt wurde, ihre Identität in offiziellen Unterlagen verbergen lassen, um zu verhindern, dass sie vom Täter aufgespürt wird. Denn in der Türkei müsse laut *Kontaktperson B* eine Frau prinzipiell ihre ID-Nummer vorlegen, wenn sie ins Krankenhaus geht, wenn sie in der Apotheke Medikamente kauft oder wenn sie ein Haus oder eine Wohnung mietet. Diese Nummer könne dann zur Rückverfolgung verwendet werden. Wenn sie im Rahmen einer Schutzanordnung ihre Identität geheim halten kann, dann sollte diese Vertraulichkeitsanweisung grundsätzlich an alle Behörden und Institutionen weitergeleitet werden. Laut *Kontaktperson B* sei dies in der Praxis jedoch nicht der Fall und es liege dann an der Frau selbst, diese Schritte bei den verschiedenen Institutionen und Behörden zu unternehmen, um sicherzustellen, dass ihre Identität und die ihrer Kinder verborgen bleibe. Eine entsprechende Anfrage werde jedoch nicht immer von den jeweiligen Behörden oder Institutionen akzeptiert. *Kontaktperson B* berichtete der SFH von dem ihr bekannten Fall eines Ehemannes, der seine versteckte Frau aufspüren konnte, weil ihr Kind in einem Krankenhaus betreut wurde und dort registriert wurde. Dieses Problem wird von der *Purple Roof Women Shelter Foundation* bestätigt, einer türkischen NGO mit Sitz in Istanbul, die Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, soziale, psychologische und rechtliche Unterstützung bietet. Selbst wenn eine einstweilige Verfügung gegen den Gewalttäter erlassen wurde und im Prinzip die Identität der bedrohten Frau und der Kinder geheim gehalten werden sollte, besteht in der Praxis das Problem, dass die Behörden keine zentrale Anlaufstelle haben, wo dieser Antrag auf Vertraulichkeit automatisch an alle Behörden weitergeleitet werden kann, so diese Quelle. Einige Behörden würden auch die persönlichen Daten einer Frau nur ungern zurückhalten (*Women Shelter Foundation*, ohne Datum).

Richterliche Nachlässigkeit. Ein weiteres Sicherheitsproblem, das von der *Purple Roof Women Shelter Foundation* angesprochen wurde, ist das der Nachlässigkeit der Richterschaft. So stellte diese Quelle fest, dass einige Richter_innen die Schutzanträge nicht systematisch lesen würden und diese manchmal einfach kopieren und einfügen und für jeden Fall die gleiche Anordnung erlassen würden. Diese Quelle zitiert den Fall einer Frau, bei der die Bitte um zusätzliche Vertraulichkeit, um ihre Identität wegen Lebensgefahr zu verbergen, in einer der Anordnungen weggelassen wurde (*Women Shelter Foundation*, kein Datum).

Frauen und Kinder, die unter Schutz stehen, werden durch medizinische Informationen, Schulakten der Kinder oder durch Angaben der Strafverfolgungsbehörden oder Gerichte aufgespürt. Sicherheitsverstösse in Frauenhäusern sind manchmal auf ein schlechtes Personalmanagement zurückzuführen. Laut der *Monitoring-Plattform der Istanbul-Konvention*, einem Zusammenschluss von 77 unabhängigen Frauenrechts- und LGBTQI-Organisationen, wird die Einschulung der Kinder bei der Unterbringung von Frauen in Frauenhäusern oft nicht vertraulich behandelt. Dies kann zur Offenlegung ihres Aufenthaltsortes führen. Die *Monitoring-Plattform der Istanbul-Konvention* berichtete zudem, dass, obwohl der Standort von Unterkünften und Informationen über Kinder und Frauen, die sich in Unterkünften aufhalten, grundsätzlich vertraulich behandelt werden sollten, es möglich ist, Strafverfolgungsbehörden und Gerichte anzurufen oder offizielle Briefe zu schicken, um Informationen über den Aufenthalt von Frauen in einem bestimmten Frauenhaus zu erhalten (*Istanbul-Konvention Monitoring-Plattform*, September 2017). *Human Rights Watch* (HRW) bestätigt, dass selbst in den Unterkünften die Frauen aufgrund von Sicherheitslücken gefährdet sind. Diese Schlupflöcher können durch schlechtes Personalmanagement entstehen, aber

auch, wenn Polizei- oder Schulakten den Standort von Unterkünften preisgeben. HRW führt das Beispiel eines Ehemannes an, der von der Polizei in einer Stadt im Südosten der Türkei den Standort des Frauenhauses erfahren konnte, in welches seine Frau geflüchtet war. Er begab sich daraufhin dorthin, um sie nach Hause zu holen. Anstatt die Frau zu schützen, liessen die Mitarbeiter des Frauenhauses ihn herein und ermutigten sie, mit ihrem Mann zu sprechen. In anderen Fällen, über die HRW berichtete, konnten die Täter die Kinder und Mütter in den Unterkünften ausfindig machen, indem sie auf die Schulakten der Kinder zugriffen, in denen die Adressen der Unterkünfte aufgeführt waren (HRW, 4. Mai 2011).

Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden und Gewalttätern. Laut der *Monitoring-Plattform zur Istanbul-Konvention* kooperieren Strafverfolgungsbehörden manchmal mit Tätern oder Angehörigen von weiblichen Gewaltopfern und verraten deren Aufenthaltsort, während sie versuchen, die Frauen davon zu überzeugen, mit ihnen Frieden zu schliessen (*Monitoring-Plattform zur Istanbul-Konvention*, September 2017). Im Mai 2020 berichtete das *Middle East Institute* (MEI) über den Fall eines weiblichen Opfers häuslicher Gewalt, das zu einer Polizeistation ging, um Anzeige gegen ihren Mann zu erstatten, und dann in einem Frauenhaus Schutz suchte. Der Polizeibeamte, der ihre Aussage aufnahm, war ein Freund ihres Mannes und teilte ihm die Adresse des betreffenden Frauenhauses mit, wodurch dieser seine Frau finden konnte (MEI, 15. Mai 2020). *Tuba Kabasakal* stellt ausserdem fest, dass trotz der Tatsache, dass der Standort der Frauenhäuser vertraulich ist, Strafverfolgungsbeamte mit den Tätern oder den Verwandten der Frauen zusammenarbeiten und diese Informationen mit der Absicht weitergeben, die Frauen davon zu überzeugen, sich mit dem Täter zu versöhnen (*Tuba Kabasakal*, 2018).

Gewaltpräventionszentren, die sich auf die Erhaltung der Integrität der Familie konzentrieren und eher wie Familientherapiezentren sind. Laut der *Monitoring-Plattform der Istanbul-Konvention* sind Probleme mit der Vertraulichkeit häufiger in ländlichen Gebieten anzutreffen, wo die Bevölkerung kleiner ist und Sozialarbeitenden möglicherweise Verwandte, Mitarbeitende, Freunde oder Bekannte des Täters sind. Infolgedessen zögerten Frauen in diesen Gebieten eher, Schutzanträge zu stellen, aus Angst, dass der Täter darüber informiert werde. Ein weiteres Problem ist laut dieser Quelle, dass die *Gewaltpräventions- und -überwachungszentren* (VPMCs) seit März 2016 nicht mehr ausschliesslich für Frauen sind, sondern in Unterstützungszentren für Männer und Frauen umgewandelt wurden. Laut dieser Quelle stellt die Tatsache, dass diese Zentren sowohl Männern als auch Frauen Dienste bieten, ein klares Sicherheitsrisiko für letztere dar. Tatsächlich funktionieren einige dieser Zentren eher wie Familientherapiezentren, in denen Männer unterstützt werden, was darauf hindeutet, dass ihr Hauptziel nicht wirklich darin besteht, Gewalt gegen Frauen zu verhindern, sondern vielmehr die Integrität der Familie zu bewahren (*Istanbul Convention Monitoring Platform*, September 2017).

Seit die Türkei aus der Istanbul-Konvention ausgetreten ist, sind die Behörden zurückhaltender bei der Umsetzung von Schutzmassnahmen. Schutz wird aufgrund des Einflusses der Familie oder des Ehemanns der bedrohten Frau möglicherweise nicht gewährt. Gemäss E-Mail-Auskunft vom 9. Mai 2021 von der *Kontaktperson A* werde seit der Entscheidung der Türkei vom 20. März 2021, aus der Istanbul-Konvention auszutreten, beobachtet, dass Behördenvertretende das Erlangen und die Umsetzung von Schutzmassnahmen für Frauen erschweren. Wenn der Ehemann oder die Familie der schutzsuchenden Frau in einflussreichen Positionen sind oder über gut vermittelte Kontakte verfügen, könnten sie laut *Kontaktperson A* ausserdem dafür sorgen, dass die Frau keine Unterstützung vom Staat

erhalte. Zum Beispiel könne so die Beschwerde der Frau bei den Justizbehörden verzögert oder verspätet registriert werden. Ein Polizeibeamter könne auch seinen Einfluss bei Kollegen nutzen, um zu verhindern, dass die Frau Schutz erhalte. Im Allgemeinen verlassen sich Frauen laut *Kontaktperson A* mehr auf NGOs und unabhängige feministische Anwälte als auf den staatlichen Schutz.

3 Zugriff auf Informationen in juristischen und polizeilichen Datenbanken

Eine Frau, die unter dem Schutz des türkischen Staates steht, kann von einer Person mit guten Verbindungen, wie zum Beispiel zu einem Polizeibeamten, gefunden werden. Gemäss E-Mail-Auskunft vom 9. Mai 2021 von *Kontaktperson A* könne eine Person mit den notwendigen Kontakten und Verbindungen, wie zum Beispiel zu den Strafverfolgungsbehörden, eine Frau, die unter dem Schutz des türkischen Staates steht, recht einfach überall im Land aufspüren.

PolNet, ein Informationssystem, das verschiedene Datenbanken vereint und mit anderen Regierungsnetzwerken verbunden ist. Der Grad des Zugangs zu PolNet für Polizeimitglieder hängt von ihrer Position ab. In einem Bericht vom Juni 2019 stellte die SFH fest, dass die Strafverfolgungsbehörden in der Türkei über ein Intranet, das sogenannte PolNet, verfügen, das mehr als 3000 Standorte, darunter 81 nationale Polizeistationen, miteinander verbindet. Laut den von der SFH konsultierten Quellen umfasst PolNet verschiedene Datenbanken und Module. Das PolNet-System ist Berichten zufolge auch mit anderen Regierungsnetzwerken verbunden, darunter UYAP, ein «E-Justiz-Informationssystem», das alle Gerichte, öffentlichen Ministerien, Gefängnisse und andere Justizeinrichtungen sowie andere öffentliche Behörden integriert. Nach verschiedenen von der SFH befragten Quellen ist der Zugang zu PolNet eingeschränkt und der Grad des Zugangs von Strafverfolgungsbeamten zu vertraulichen Daten hängt von ihrer Position und der Einheit ab, der sie angehören. Die SFH stellte ausserdem fest, dass der Zugriff auf PolNet protokolliert wird. Wenn ein Polizeibeamter auf PolNet zugreift, wird eine Protokolldatei erstellt. So können Vorgesetzte die Aktivitäten der Polizei überwachen und Missbrauch verhindern. Laut der SFH können Polizeibeamte auch während Einsätzen vor Ort über das Polizeinetzwerk auf nationale Datenbanken zugreifen (SFH, Juni 2019).

4 Quellen

CoE-GREVIO, 15. Oktober 2018:

«Another issue of concern is posed by security breaches that can occur owing to poor co-ordination among the institutions concerned (for instance, law-enforcement agencies and schools) and their disclosure of confidential information on the whereabouts of the victim and her children.» Quelle: Council of Europe (CoE) - Group of Experts on Action against Violence against Women and Domestic Violence (GREVIO), Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S.64: www.ecoi.net/en/file/local/1447448/1226_1540285431_grevio-report-on-turkey.pdf.

HRW, 4. Mai 2011:

«The research found that implementation of Law 4320 regularly falls short because enforcement officers, judges, and prosecutors neglect their duties, often due to lack of expertise or will to deal with cases of violence against women and girls in a manner that is effective and sensitive to the needs and human rights of victims. **Women who do report family violence to police risk being turned away, and face poor enforcement of protection orders: indeed, some women have been murdered after obtaining a protection order against their killer. Shelters are lacking, and those that do exist often exclude certain groups of women, restrict movement and communications, and are vulnerable to security breaches.** [...]

Besides the shelter shortage, Human Rights Watch documented problems with existing shelters. Some exclude certain women, including pregnant and undocumented women, and women with psychological or physical disabilities. **Security breaches also occur when police or school records disclose shelter locations.** Women also complained about shelter conditions, especially regarding restrictions on movement and communications. [...]

Even when shelters are available, women report that their terms of conditions, security, and quality of services are sometimes inadequate. Poor security at shelters is sometimes due to staff mismanagement, and sometimes police or school registries revealing shelter locations. For example, police in a city in the southeast [exact location withheld] told Selvi T.'s husband the location of the shelter where she had sought safety with her children following years of abuse. He came after her. Shelter staff let him in, and pleaded with Selvi to speak to him. In other instances, such as a case we learned of **in Ankara in 2010, abusers were able to locate children and mothers in shelters because school records usually show the shelter address.**» Quelle: Human Rights Watch (HRW), «He Loves You, He Beats You» - Family Violence in Turkey and Access to Protection, 4. Mai 2011: www.hrw.org/report/2011/05/04/he-loves-you-he-beats-you/family-violence-turkey-and-access-protection.

Istanbul Convention Monitoring Platform, September 2017:

«One of the most significant problems witnessed by women in rural parts of Turkey with a lower population, social workers in VPMCs might as well be relatives, associates, friends or acquaintances of the perpetrator of violence. Therefore, **women abstain from making applications in fear of lack of confidentiality and the possibility of the perpetrator to hear about the application.**

Lastly, in line with the VPMC regulations issued on March 2016, VPMCs are turned into centres to support men as well as women, which is at odds with the requirement of the centres to be specialized in violence against women. Although programmes and services focuses on perpetrators shall not be isolated from activities and institutions to combat VAW, such activities shall not be conducted in centres serving women. However, it is observed that, in practice, perpetrators and women receive services in the same centres/locals, which raises serious doubts about the safety of women. Although it is indicated in all international conventions that the alternative dispute resolution mechanism shall not be used in case of violence against women, **some VPMCs work like family therapy centres in supporting men, which is an indicator that they do not aim to prevent violence against women but the preservation of the integrity of the family.** [...]

Shelter work is depleted due to government's not seeing them as an instrument to combat gender inequality in the society, but as places it is obliged to establish/manage under various types of outside pressure. Experience shared by women staying in shelters evincing the lack of quality of social services is indeed worrisome. Women state that staff, as nurses, security officers, cleaning staff, care workers, who are not well equipped to work with women subjected to violence are authorized in the management of shelters and they are frequently subjected to mistreatment.

*'It is seen that, most of the shelters are inadequate to provide services systematically and empowering activities. There are many cases in which women stay in shelters for months without ever seeing a professional. **The lack of regular social work to cover the needs of women, consultancy and orientation services with regards to career planning and placement as well as social works regarding children is a common practice, while it is also common that children not to be registered to schools or the registration is not kept confidential, leading the whereabouts of them to be disclosed, and/or children under 3 years old not to be sent to day care centres and children above 7 years old not to be sent to kids' clubs.** [...]*

*It is also observed, as part of Article 51 of the Convention, that there are violations and deficiencies to evaluate the death risk, seriousness of the situation and the risk of reiteration of the violent act in all authorized institutions. **Although the whereabouts of shelters and information of children and women staying there shall be kept confidential, it is possible to call or send official letters to law enforcement agencies and courts to demand information whether women stay in this or that shelter.***

It is also seen that the law enforcement agencies cooperate with the perpetrator or relatives of women and disclose their whereabouts, as well as trying to convince women to make peace with the perpetrator.» Quelle: Istanbul Convention Monitoring Platform, Shadow NGO Report on Turkey's First Report on legislative and other measures giving effect to the provisions of the Council of Europe Convention on Preventing and Combating Violence against Women and Domestic Violence for submission to the GREVIO Committee, September 2017, S.37: www.morcati.org.tr/attachments/article/442/turkey-ngo-shadow-report-grevio.pdf.

MEI, 15. Mai 2020:

*« In another case during the COVID-19 lockdown, **a woman, escaping an abusive marriage, went to a police station and was sent to a shelter. Unluckily, the police officer she filed a complaint with was her husband's friend and he shared the address of the shelter she was staying at.** After this unlawful act, women's rights activists started asking on social media if any legal action was taken against the police officer who broke the law by revealing confidential information. There is an ongoing investigation about the officer.*» Quelle: Middle East Institute (MEI), Violence against women in Turkey during COVID-19, 15. Mai 2020: www.mei.edu/publications/violence-against-women-turkey-during-covid-19.

SFH, 14. Juni 2019:

« Intranet de la police protégé : PolNet. Selon les informations consultées en avril 2019 sur le site internet de la Direction générale turque de la sécurité (Emniyet Genel Müdürlüğü, EGM), PolNet est le réseau et le système d'information de la police turque. Selon diverses sources,

PolNet est un intranet géré et sécurisé par la police turque. Seules peuvent y accéder les personnes autorisées. Selon les informations fournies en 2009 par les chercheurs Sahin et Breen, l'accès à PolNet est restreint par les institutions et les agences inférieures (« sub-agencies ») à un groupe de personnes déterminé et est interdit aux civil-e-s ou aux tierces personnes. PolNet relie plus de 3 000 sites, dont 81 postes de police provinciaux, 100 postes frontaliers et d'autres unités plus petites. Le développement des technologies permet également aux agent-e-s de police sur le terrain d'accéder aux bases de données nationales via le réseau de la police. [...]

PolNet comprend diverses bases de données, des ensembles de données et des modules. Selon EGM, PolNet est une base de données complète qui fournit un soutien en ligne sécurisé pour les poursuites pénales. Selon cette même source, PolNet a été développé avec une « énorme capacité afin de répondre à tous les besoins de la police ». Le système permet au personnel autorisé de rechercher, dans toutes les bases de données informatiques nationales, des informations sur les crimes et les criminel-le-s. Sahin et Breen indiquent que PolNet contient différents types de bases de données et de dossiers.

La personne de contact J17 a elle aussi indiqué à l'OSAR, en mai 2019, que **le système était composé de nombreux modules et bases de données différents. Il existe, selon cette même source, quelques modules communs, comme ceux sur les ressources humaines, qui sont utilisés par toutes les unités. La personne de contact J ajoute qu'il existe également des modules spéciaux mis au point et utilisés par des unités spéciales telles que les unités antiterroristes ou les services de renseignement. Ahmet Yayla soulignait déjà dans un article de 2006 que les services antiterroristes de la police turque disposaient de progiciels spéciaux (« Special Software Packages »), qui permettent un échange de données et un accès aux données plus efficace et plus rapide. Selon Yayla, PolNet ne se limitait pas aux activités antiterroristes, mais comptait déjà une trentaine de projets différents : notamment des projets concernant le traitement des passeports et des permis de conduire, les contrôles aux frontières, le système automatisé d'identification par empreintes digitales (AFIS), les contrôles de la circulation et la sécurité publique. Selon Yayla, ceux-ci étaient également utilisés par les services antiterroristes et les services secrets. [...]**

Données en provenance de diverses sources ; selon des estimations, augmentation du volume et diversification des données ces dernières années ; mise en réseau avec d'autres réseaux gouvernementaux et bases de données. La personne de contact J a indiqué ne pas être au courant des derniers développements techniques et de la taille des bases de données de PolNet. Selon les informations dont dispose la personne de contact J et qui datent d'il y a plusieurs années, les données enregistrées dans PolNet proviennent de diverses sources. Il s'agit notamment de données sur les télécommunications, de registres de la population et de registres du commerce. Selon les estimations de la personne de contact J, les bases de données ont probablement connu une augmentation de leur taille et une diversification ces dernières années, en raison des développements politiques en Turquie. Tant les institutions publiques que les entreprises privées – y compris les principaux fournisseurs d'électricité et de réseaux Internet et les entreprises de transport – doivent, à la connaissance de la personne de contact J, rendre leurs banques de données accessibles aux autorités. La personne de contact J a toutefois souligné n'avoir aucune connaissance de la nature et du contenu des informations que ces acteurs partagent avec les autorités. Selon la personne de contact J, le système PolNet est

en outre lié à d'autres réseaux gouvernementaux. Selon plusieurs sources, ceux-ci incluent également UYAP.

Le Département national de la population et même certaines bases de données municipales enregistrent eux aussi leurs données dans PoINet, selon la personne de contact J. Cette dernière suppose que les sources des données sont maintenant très larges. [...]

Accès aux données de PoINet variable selon l'unité. La personne de contact J indique qu'un mot de passe et une habilitation spéciale sont nécessaires pour s'inscrire et accéder aux données des modules et bases de données spécifiques de PoINet. Les forces de police peuvent accéder à des données confidentielles en fonction de leur position et de l'unité à laquelle elles appartiennent. Selon cette même source, certaines unités ont ainsi accès à une énorme base de données, alors que d'autres ne peuvent consulter que des informations limitées. Les membres de forces spéciales peuvent donc utiliser différentes sources de données et les combiner au moyen d'analyses. La personne de contact J indique que, si plusieurs unités, telles que les unités d'enquête, les patrouilles et les postes de police par exemple, ont accès au GBTS, seuls les officiers autorisés de ces unités peuvent toutefois accéder à la base de données dans son intégralité. En règle générale, seules trois à cinq personnes par unité bénéficient, à la connaissance de la personne de contact J, de ces privilèges. Bien que les agent-e-s de police puissent désormais accéder aux données du GBTS via des lecteurs portables, la personne de contact J indique toutefois ignorer si cela leur permet d'utiliser l'ensemble de la base de données ou une base de données élargie ou seulement la base de données/le module de leur propre unité.

Les accès à PoINet sont consignés. Selon la personne de contact J, un fichier journal est créé à chaque fois qu'un-e agent-e de police se connecte et consulte PoINet. Les supérieur-e-s peuvent ainsi, selon cette même source, surveiller l'activité des forces de police en ce qui concerne les plaintes pour corruption ou mauvais traitement. » Quelle: Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Turquie: bases de données des autorités de sécurité turques (PoINet, GBTS), S.6-7, 11: www.osar.ch/fileadmin/user_upload/Publikationen/Herkunftslaenderberichte/Europa/Tuerkei/190614-tur-datenbanken-anonym-f.pdf.

Tuba Kabasakal, 2018:

«As for the assessment of the risk, there are violations and deficiencies in practice. It is observed that in spite of the fact that whereabouts of shelters are confidential, law enforcement officials collaborate with the perpetrators or relatives of women and disclose this information with an intention of convincing women to reconcile with the perpetrator. In addition to this, the lack of technical infrastructure is considered to be a problem in this context as it causes delays in the implementation of confidentiality orders and puts lives of victims at risk.» Quelle: Tuba Kabasakal, Violence Against Women in Turkey: An Analysis of Barriers to the Effective Implementation of International Commitments, 2018, S.48: <https://lup.lub.lu.se/luur/download?func=downloadFile&recordId=8955271&fileId=8955273>.

Women Shelter Foundation, ohne Datum:

«Quick issuance of barring orders is very important and positive whereas this has also resulted in a tendency to copy and paste a standard order for every case. The authorities issuing the

barring orders, especially the judges, started avoiding a case assessment and do not read some of the demands in the files peculiar to each case and issue the same printed text for every application. For instance, there has been a case where a woman's demand for extra confidentiality for hiding her identity because of risk to life, was omitted in one of the orders. In short, most of the judges are issuing orders by copying and pasting and also shortening the terms of the orders. However, despite all deficiencies, the most effective and deterring mechanism for women and children exposed to or under threat of violence are these orders.

Efficiency or lack thereof of protection orders

As explained above, despite deficiencies, there no major problems in obtaining the barring orders. The main problem lies in the implementation of such orders, and identifying the deficiencies concerning infrastructure.

The lacking of an effective control mechanism after the issuance of orders, the insufficiency of the infrastructure in confidentiality orders in hiding the identities of women and children, the failures in making security plans, lack of budget for protection, the short terms of barring orders or the omission of all aspects of a case in the issuance of orders may pose a reducing effect in the impact and effectiveness of the barring orders.

For instance, despite the barring orders for hiding the identity of women and children under threat of violence, women have to take extra measures to hide their identities at each authority that they have their processes at. It is not possible to hide a woman's address information at the records of all state authorities in one single move in Turkey. Some of the authorities also avoid hiding a woman's personal information even though she asks them to. It is known that a woman's personal information and doctor appointment information can be accessed merely by calling the Health Care Help Line Number 182.» Quelle: Women Shelter Foundation, Shelters, kein Datum, S.5: www.ohchr.org/Documents/Issues/Women/SR/Shelters/Womens%20Shelter%20Foundation.pdf.

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH setzt sich dafür ein, dass die Schweiz das in der Genfer Flüchtlingskonvention festgehaltene Recht auf Schutz vor Verfolgung einhält. Die SFH ist der parteipolitisch und konfessionell unabhängige nationale Dachverband der Flüchtlingshilfe-Organisationen. Ihre Arbeit finanziert sie durch Mandate des Bundes sowie über freiwillige Unterstützungen durch Privatpersonen, Stiftungen, Kantone und Gemeinden.

SFH-Publikationen zur Türkei und anderen Herkunftsländern von Asylsuchenden finden Sie unter [/www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslaenderberichte](http://www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslaenderberichte).

Der SFH-Newsletter informiert Sie über aktuelle Publikationen. Anmeldung unter [/www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter-abonnieren](http://www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter-abonnieren).